zitteren, da es die Stimme eines Nicht-Preußen, eines Württembergers ist: „Wer sich trotz aller Verstimmungen einer wirrsalreichen politischen Gegenwart das Gefühl der Dankbarkeit gegen den Staat bewahrt hat, dem das neue Deutschland schlechterdings alles schuldet, was es an staatlichen Gütern besitzt, für den wird der Gedanke keine Schrecken haben, daß die deutsche Einheit, wo sie noch fehlt, nur durch das Mittel der preußischen Vormachtstellung gewonnen werden kann." Vielleicht wird durch ein solches Wort der eine oder andere Preußengegner doch noch zu der nüchternen Einsicht zurückgeführt, daß über den Wert eines Staates nicht der Maßstab einer doktrinären Wahlrechtsschablone entscheidet, sondern die nationale Arbeit, die dieser Staat und sein Parlament in der Vergangenheit geleistet und die Zukunft ihnen noch vorbehalten hat. W.

Die strittigen Balkanfragen.

Der Vorschlag der serbischen Regierung an Bulgarien.

Der Vorschlag, die Verbündeten möchten alle strittigen Fragen unter Ausschluß der Vermittlung irgendwelcher Großmacht gemeinsam regeln, ist von der serbischen Regierung ausgegangen. Diese besteht darauf, daß es gegen die in der Konferenz zu treffende Entscheidung keine Berufung geben soll, und wird, wenn Bulgarien die Entscheidung nicht annimmt, mit Griechenland und Montenegro die Abgrenzung durchführen, sie Bulgarien zur Kenntnis bringen und dann ihm eine kurze Frist zur Antwort geben. Wenn Bulgarien davon nicht Kenntnis nimmt oder nicht antwortet, dann wird die Annexion ausgesprochen werden, aber es sind zugleich auch für das nachherige weitere Verhalten schon ganz bestimmte Beschlüsse gefaßt. Ueber die Abgrenzungsfrage hat Serbien sich mit Griechenland und Montenegro schon jetzt vollkommen geeinigt.

Die Griechen dementieren.

Das halbamtliche griechische Telegraphen-Bureau erklärt, daß die Meldung auswärtiger Blätter, daß bei den Zusammenstößen am Pangeongebirge die Griechen die Angreifer waren, vollständig unrichtig ist. Die Zusammenstöße sind durch den Vormarsch der Bulgaren in von Griechen besetztes Gebiet hervorgerufen worden. Geringfügige Streitkräfte der Griechen auf der nördlichen Seite des Pangeongebirges haben keinen Vormarsch gegen die fünffache Uebermacht der Bulgaren, die ihnen gegenüberstand, versucht; sie haben sich nur auf eine Verteidigung den bulgarischen Einfällen gegenüber beschränkt. Die griechischen Verluste während dieser Zusammenstöße belaufen sich an Toten auf 3 Offiziere und 57 Soldaten, an Verwundeten auf 3 Offiziere und 165 Soldaten; außerdem werden 20 Soldaten vermißt. Sehr häufig haben Meldungen der „Agence Bulgare" Nachrichten über eine Einberufung des Kriegsrates gebracht. König Konstantin hat aber niemals einen Kriegsrat einberufen. Nach einer Mitteilung des Generalquartiers des Königs sind auch folgende in auswärtige Blätter übergegangene Meldungen unrichtig: Bei Saloniki hat am 30. Mai keine große Schlacht zwischen Bulgaren und Griechen stattgefunden. Die Griechen sind nicht aus Karasoulli verjagt worden. Auch sind westlich der Bahnstation von Amatovo nicht zwei griechische Divisionen zurückgeworfen worden. Am Ufer des Flusses Tema hat kein Zusammenstoß stattgefunden. In dem Kampfe am Anghista-Flusse haben die Griechen nicht Geschütze in den Händen der Bulgaren gelassen. Nicht ein einziges Geschütz ist in die Hände der Bulgaren gefallen. Auch die aus bulgarischer Quelle stammenden Nachrichten von Meutereien im 1. und 7. Regiment der 7. Division sind vollkommen unrichtig.

Die Pariser Finanzkonferenz.

In der heutigen Eröffnungssitzung der Pariser Internationalen Finanzkonferenz werden unmittelbar nach der Begrüßungsansprache des Ministers Pichon die Vertreter der Großmächte sich mit der Geschäftsordnung befassen. Die Hauptfrage lautet: Sollen die Balkandelegierten an den Abstimmungen über alle zur Diskussion gestellten Angelegenheiten als gleichberechtigte Mitglieder teilnehmen? In französischen Regierungskreisen verlautet, daß die Lösung gewisser Angelegenheiten ausschließlich den Großmächtevertretern vorbehalten bleibt, während andere Angelegenheiten mit Zulassung der Balkandelegierten zur Beschlußfassung gelangen sollen. Die Lösung des wichtigsten Problems, der Kriegsentschädigung, dürfte durch die neuesten zwischen der Pforte und der Regierung in Sofia eingeleiteten, guten Erfolg versprechenden Sonderverhandlungen sich weniger schwierig gestalten, als noch kürzlich angenommen wurde.

Die neuesten Meldungen lauten:

Rücktritt des Kabinetts Geschow.

Sofia. (Priv.-Tel.) Das Kabinett Geschow hat seine Demission eingereicht. Die Krise soll nach Eintreffen des Sobranjepräsidenten Danew und des Finanzministers Teodorow, die morgen hier ankommen, gelöst werden. In politischen Kreisen verlautet, daß die zwischen Geschow und Pasitsch vereinbarte Begegnung der Ministerpräsidenten der vier verbündeten Staaten Ende dieser Woche in Saloniki stattfinden soll.

Die nächste Sitzung der Botschafter-Konferenz.

London. (Priv.-Tel.) Die nächste Sitzung der Botschafter-Konferenz ist auf Freitag einberufen worden. Sie wird sich voraussichtlich mit der Frage der Aegäischen Inseln und der Südgrenze Albaniens beschäftigen. Abgesehen von zwei Inseln in der Nähe der Dardanellen haben Griechenlands Ansprüche Aussicht auf Verwirklichung. Auf der anderen Seite sollen die strategischen Interessen Italiens in der Gegend von Korfu gewährleistet und so der Zwiespalt zwischen Italien und Griechenland beseitigt werden.

•

Neue rumänische Rüstungen.

Köln. (Priv.-Tel.) Der „Köln. Ztg." wird aus Bukarest gemeldet: Das Kriegsministerium hat neue Gewehrlieferungen bestellt, so daß das rumänische Heer über 500 000 Gewehre nach neuen Modellen verfügen wird. Ferner wurden in Italien vier Torpedobootzerstörer im Werte von 19 Millionen Francs bestellt. Amtliche Kreise erklären die Meldung für falsch, daß Rumänien bei einem Konflikt zwischen den Verbündeten dem einen oder anderen Staat gegenüber irgend welche Verpflichtung übernommen habe.

Drahtmeldungen

vom 3. Juni.

Vertrauliche Besprechungen über den Wehrbeitrag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Reichstage fanden heute nachmittag weitere vertrauliche Besprechungen zwischen den Vertretern der Fraktionen und Vertretern des Reichsschatzamtes über die endgültige Gestaltung des Wehrbeitrages statt.

Die Handwerkerkonferenz in Berlin.

Berlin. (Priv.-Tel.) Eine Handwerkerkonferenz wird, wie schon mitgeteilt, Ende Juni und Anfang Juli im Reichsamt des Innern stattfinden. An den Beratungen werden teilnehmen Vertreter des Reichsamtes des Innern und der Regierungen mehrerer Bundesstaaten. Von Seiten des Handwerks wird auch der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag und der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands auf Einladung des Reichsamtes des Innern Delegierte zu den Beratungen entsenden. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag hat der Reichsregierung eine Denkschrift überreicht, in der eine ganze Reihe von Wünschen zur Abänderung des Handwerkergesetzes enthalten ist. Die Denkschrift wird die Unterlage für die Beratungen bilden. Die Besprechungen werden lediglich einen informatorischen Charakter tragen.

Aus dem ländlichen Genossenschaftswesen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der im Jahre 1905 erfolgte Zusammenschluß des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Zentralverbands ländlicher Genossenschaften für Deutschland wird im gegenseitigen Einvernehmen mit Wirkung vom 30. Juni außer Kraft gesetzt.

Das englisch-türkische Abkommen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Aus türkischen politischen Kreisen erhält ein Mitarbeiter der „Tägl. Rundsch." folgende Mitteilungen: Hakki Pascha hat in London ein Abkommen zustande gebracht, das weiter geht, als nach den bisher veröffentlichten Punkten über Koweit und die Bagdadbahn usw. anzunehmen war. England versteht sich dazu: 1. der Türkei auf 40 Jahre die Integrität ihres jetzigen Gebietes zu gewährleisten; 2. bei den Friedensverhandlungen die Pforte diplomatisch zu unterstützen und zunächst auf die Verbündeten einen Druck zur Beschleunigung des Friedens auszuüben; 3. Hilfe bei der finanziellen Liquidation des Krieges zu leisten; 4. das gleiche bei der Regelung der Frage des Besitzes der Inseln an der Küste von Kleinasien zu tun; 5. im Falle der vollen Unabhängigkeitserklärung Albaniens einem mohammedanischen Herrscher auf den Thron zu verhelfen, andernfalls aber den Grundsatz der ottomanischen Suzeränität in Albanien zu unterstützen. Als Gegenleistung verpflichtet sich die Türkei: 1. In der Bagdadbahnfrage auf den möglichst weitgehenden Vorteil Englands bedacht zu sein, insbesondere was die Strecke Bagdad—Basra betrifft; 2. den englischen Staatsangehörigen in Südarabien, wo britische wirtschaftliche Interessen bestehen, besondere Vorrechte zu gewähren; 3. in Kleinasien, und namentlich in Armenien, Kurdistan, Syrien und Mesopotamien, unverzüglich die notwendigen Reformen durchzuführen; 4. England im Sultanate Koweit freie Hand zu lassen; 5. die mit Persien schwebenden Grenzstreitigkeiten zugunsten Persiens beizulegen; 6. den Stämmen Arabiens in ihren Autonomiebestrebungen entgegenzukommen. — Der Sinn dieser Abmachungen ist, wie das Blatt hinzufügt, der, daß die Türkei ihrer eigentlichen Herrschaftsstellung in Armenien, ausgenommen zunächst wohl die Provinz Hedschas mit den heiligen Städten Mekka und Medina und der Mekkabahn, entsagt und das englische Protektorat über die Halbinsel anerkennt. — Und wo liegen die deutschen Kompensationen?

Bestrafung eines Flugzeugführers.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Flugzeugabteilung des Deutschen Luftschiffervereins hat dem Harlanpiloten Wecsler die Berechtigung, an Flugzeugwettbewerben teilzunehmen, entzogen, weil diesem ein Verschulden an dem Flugzeugzusammenstoß vom 14. Mai trifft, der zwei Todesopfer (den Schweizer Hauptmann Jucker und den Flugschüler Dietrich) gefordert hat.

Reichstagsabgeordnete in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven. Die Reichstagsabgeordneten besichtigten heute vormittag die Werft und das Linienschiff „Ostfriesland", nachmittags die neuen Torpedo-Reffports und den Zwischenhafen.

Ein Block der Linken in Baden.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Ztg." wird aus Karlsruhe gemeldet: Zwischen den Vertretern der drei Linksparteien Badens fand am 1. Juni hier eine abschließende Besprechung über die bei den kommenden Landtagswahlen einzuschlagende Taktik statt. Es ist danach zu erwarten, daß die in Betracht kommenden Organisationen den Grundlagen des Abkommens ihre Zustimmung geben.

Die Untersuchung gegen den Giftmörder Hopf.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Die Untersuchung in der Affäre des Giftmörders Hopf erstreckt sich darauf, ob Hopf seine 1911 gestorbene Mutter vergiftet hat, von der er 30 000 Mk. erbte. Das Arsenik, das in den Leichenteilen seiner ersten Frau gefunden wurde, soll nach den Angaben Hopfs von Schönheitspillen herrühren.

Die Bekämpfung des Krebses.

Köln. (Priv.-Tel.) In der gestrigen Sitzung des Allgemeinen Aerztlichen Vereins in Köln berichtete Sanitätsrat Dr. Otto Schmidt über weitere erfolgreiche Forschungen zur Frage der Heilung des Krebses. Er konnte durch verschiedene biologische Reaktionen, die durch zahlreiche Einzelversuche wiederholt auf ihre Richtigkeit geprüft wurden, beweisen, daß Krebs eine Infektionskrankheit und der von ihm aus Geschwülsten gewonnene Parasit der Erreger ist. Es sind deshalb auch die zahlreichen, durch Anwendung seines aus diesen Reinkulturen hergestellten Vakzins erzielten Heilungen schwerster Art als Folge einer aktiven Immunisierung anzusehen, die gleichzeitig gegen das Wiederauftreten der Krankheit schützt. Da dieses Verfahren nur bei einem Bruchteil aller Kranken mit Aussicht auf Erfolg angewendet werden kann, dürfte als Endziel aller Forschungen die Erzeugung der nötigen Immunstoffe beim Tiere und ihre Uebertragung auf Menschen durch Einspritzung dieses tierischen Serums erstrebt werden. Der Vortragende regte an, durch eine Kommission seine Untersuchungen nachprüfen zu lassen, wozu er alles Erforderliche zur Verfügung stellt.

Die Wirkung des Freispruchs im Prozeß Desy.

Budapest. Das freisprechende Urteil, das in dem Desy-Prozeß gefällt worden ist, macht einen großen Eindruck. Es verlautet, daß der Ministerpräsident infolge dieses Urteils die Demission des Kabinetts überreichen werde. Aus der Begründung des Urteils ist folgendes hervorzuheben: „Da der Angeklagte Desy nachgewiesen hat, daß der Ministerpräsident beim Abschlusse von Verträgen mit der Ungarischen Bank von dieser einen Betrag von über 3 Millionen Kronen angenommen hat, da es ferner vom Gesichtspunkte der Moral nicht zulässig ist, daß ein Minister von einem mit dem Staate in einem Vertragsverhältnisse stehenden Unternehmen irgendwelchen Geldbetrag annimmt, wenngleich der Minister, wie im vorliegenden Falle, sich nicht den geringsten Vermögensvorteil verschafft, sondern parteipolitische Zwecke gefördert hat, mußte der Gerichtshof den vom Angeklagten Desy gegen den Ministerpräsidenten Lukacs gebrauchten beleidigenden Ausdruck für straflos erklären."

Der Seemannsstreik in Italien.

Mailand. (Priv.-Tel.) Der am Sonnabend ausgebrochene Ausstand der Bemannung der staatlich unterstützten Schiffahrtslinien erstreckt sich bereits auf ungefähr 50 Handelsdampfer, die in verschiedenen Häfen festgehalten sind. Nur denjenigen Transportschiffen, die Truppen nach Afrika zu bringen bestimmt sind, wurde von der Leitung des Seeleutebundes die Erlaubnis zur Abfahrt erteilt.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

London. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Parlamentsuntersekretär Acland in Erwiderung auf eine Anfrage: Der Besuch des Lordpräsidenten Viscount Morley in Berlin sei rein privater Natur gewesen. Der Abgeordnete King fragte: Ist etwas Wahres an der Meldung, daß ein britischer Staatsmann in Kurzem in politischer Mission Berlin aufsuchen wird? Parlamentsuntersekretär Acland erwiderte: So viel ich weiß, nicht. Der Staatssekretär des Kriegsamtes, Seely, erklärte auf eine Anfrage: Leutnant Steward werde seine Stellung in der Territorialarmee weiter behalten.

Generalstreik in Coruña.

Madrid. (Priv.-Tel.) In der Hafenstadt Coruña haben sämtliche Arbeiter, einschließlich der Bäcker und der Barbiere, sich mit den Metallarbeitern solidarisch erklärt und sind in den Generalstreik getreten. Die Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Mehrere Schiffe mußten wieder in See gehen, weil keine Auslader zu bekommen waren. Das Ausbooten der Schiffspassagiere wurde durch Marinesoldaten eines Kanonenbootes aufrecht erhalten. Die Fabriken und Eisengießereien werden durch Gendarme bewacht. Die Regierung ist bemüht, eine Verständigung zwischen den Streikenden und den Arbeitgebern herbeizuführen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Den Prinzen Aage und Axel von Dänemark hat, wie amtlich bekanntgegeben wird, der Kaiser den Schwarzen Adlerorden verliehen.

Hanau a. M. (Priv.-Tel.) In Wächtersbach fand heute die Trauung der Prinzessin Nesita zu Ysenburg-Büdingen mit dem Grafen Santa Croce statt. Der Bischof von Fulda vollzog die Trauung.

Düsseldorf. Die überaus anregungsreiche Tagung der Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse schloß mit einer fröhlichen Rheinfahrt, zu der der Verband der rheinisch-westfälischen Presse die Teilnehmer eingeladen hatte.

Paris. Der Senat lehnte bei der Beratung des Finanzgesetzes mit 167 gegen 115 Stimmen gewisse Zuschlagssteuern für Erbschaften, die von der Kammer angenommen und von der Regierung verteidigt worden waren, ab.

London. (Priv.-Tel.) Anläßlich des Geburtstages König Georgs wurde der aus dem Burenkriege bekannte Reitergeneral John French, Chef des englischen Generalstabes, zum Feldmarschall befördert.

Frankfurt a. M. (Schluß, abends.) Credit 196¾. Disconto 182⅝. Dresdner Bank 149¼. Staatsbahn 157¼. Lombarden 26⅛. Fest.

Paris. (3 Uhr nachmittags.) 3 % Rente 85,55. Italiener 97,20. Spanier 90,22. 4 % Türken unifiz. 86,87. Türkenlose 196,50. Ottomanbank 649. Stetig.

Paris. (Produktenmarkt.) Weizen per Juni: 28,45, per September-Dezember 28,80, matt. — Rüböl per Juni 74,75, per September-Dezember 72,25, ruhig. — Spiritus per Juni 42,62, per September-Dezember 42,50, schwach.

Oertliches und Sächsisches.

— **Richard-Wagner-Denkmal in Dresden.** Die Feierlichkeiten, mit denen man in Dresden den 100. Geburtstag Richard Wagners beging, haben am Sonntag mit der Aufführung der „Meistersinger" ihren Abschluß gefunden. Wiederum haben Tausende den erhabenen Tonschöpfungen des großen deutschen Meisters in Andacht und Begeisterung gelauscht und erneut dankbaren Herzens der vielen genußreichen Stunden gedacht, die sie ihm bereits verdanken. Dieser Dank würde seinen schönsten Ausdruck finden, wenn der Aufruf des Ausschusses für ein Richard-Wagner-Denkmal, an dessen Spitze bekanntlich Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckstädt als Ehrenvorsitzender und Oberbürgermeister Geheimer Rat Dr. h. c. Beutler als Vorsitzender stehen, einen recht lebhaften Widerhall fände, und jeder Bewunderer des Meisters nach seinen Kräften einen Beitrag für dieses Denkmal spenden würde. Daß es gerade für Dresden eine Ehrenpflicht ist, Richard Wagner ein Denkmal zu errichten, bringt der Aufruf in folgenden Sätzen zum Ausdruck: „Wagners Wesen und Größe lassen sich im Rahmen eines kurzen Mahnrufes nicht erschöpfend zusammenfassen, seine, die gesamte Kulturwelt beeinflussende Erscheinung und Eigenart ist aber von erlauchten Geistern aller Völker in einer umfassenden Literatur festgelegt. Es gibt heute kein zivilisiertes Volk, das von der Kraft des Wagnerschen Geistes nicht berührt worden wäre, es lebt heute kein Denker, kein Künstler, der mit dem Problem Richard Wagner nicht gerungen, mit der Tatsache Wagners sich nicht auseinandergesetzt, sie durchdacht hätte. Diesem großen Geiste Richard Wagners, um den uns Deutsche alle Kulturvölker der Welt beneiden, an der Geburtsstätte seiner Kunst ein sichtbares Denkmal zu errichten, ist nicht nur eine Herzenssache für uns, die wir mit Tausenden die Gaben seines erhabenen Schaffens in ernsten Weihestunden genießen, sondern wir Dresdner und Sachsen möchten ein Merkzeichen aufrichten, welches der Gegenwart und den kommenden Geschlechtern dauernd in die Erinnerung zurückruft, welch großer Künstler und Geistesheld als Sohn unserer engeren Heimat das Licht der Welt erblickt hat." — Alle Sammelstellen in Dresden sind durch Plakate kenntlich gemacht. Auch die **Hauptgeschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38/40,** ist zur Annahme und Weiterübermittlung jeder Zuwendung für die Errichtung des Richard-Wagner-Denkmals gern bereit.

— **Sachsens Kornblumentag.** Im nächsten Herbst, zwischen 30. August und 7. September, hauptsächlich aber am Sedantage und dem vorangehenden Sonntage, wird Sachsen im Zeichen der blauen Lieblingsblume unseres unvergeßlichen Heldenkaisers stehen. In dankenswerter Weise hat das Ministerium des Innern die bis jetzt einzig dastehende Genehmigung zu einem im ganzen Königreiche abzuhaltenden Blumentage erteilt. Gilt es doch in dieser an großen Erinnerungen so reichen Zeit auch derer zu gedenken, die einst durch Blut und Eisen den stolzen Bau des geeinten Deutschen Reiches schaffen und erhalten halfen und nun, durch Alter, Krankheit oder Not gebeugt, ein Anrecht auf unsere werktätige Dankbarkeit besitzen. Viel ist schon durch Reich, Einzelstaaten und Gemeinden für unsere bedürftigen Veteranen getan worden, aber viel mehr noch bleibt zu tun übrig, um wenigstens der dringendsten Not zu steuern. Wer möchte da wohl zurückstehen? Wer möchte nicht trotz der immer höher steigenden Anforderungen an die stets bereite Opferwilligkeit hier herzlich gern durch Rat und Tat behilflich sein, eine so ernste Dankesschuld abzutragen? Schon wird unter der Schutzherrschaft des Königs und unter Führung des Königl. Sächs. Militär-Vereins-Bundes als Trägers der ministeriellen Genehmigung ein Netz von Ortsausschüssen über das ganze Land gebreitet. Schon sind die zum Verkauf bestimmten, durch das Reichspatentamt geschützten „Sachsenstern-Kornblumen" in ihrem eigenartigen sächsischen Gewande in vielen Millionen bereit. Der gesamte Ertrag der Veranstaltungen ist für bedürftige, unbescholtene, in Sachsen